

Wahlprüfsteine zur Wahl zum 18. Bayerischen Landtag am 14. Oktober 2018 - LSVD Bayern

Antworten der Partei mut

1. Homophobie und Transfeindlichkeit in Bayern bekämpfen

- 1.1. Bayern ist das einzige Bundesland, das keinen „Aktionsplan gegen Homophobie und Transfeindlichkeit“ umgesetzt hat bzw. plant. Werden Sie dafür sorgen, dass Bayern in der kommenden Legislaturperiode einen entsprechenden Aktionsplan auf den Weg bringt? Wenn ja, wie wollen Sie dafür sorgen, dass Vereine und Organisationen aus der Community an der Erstellung beteiligt werden?

mut fordert einen Aktionsplan gegen Diskriminierung und für Akzeptanz wie in anderen Bundesländern. Es muss in Bayern eine gezielte Bekämpfung von Homo-, Bi-, Trans- und Interphobie und eine Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz geben. Bei der Erstellung des bayerischen Aktionsplans sind interessensvertretende Verbände, Vereine und Organisationen der queeren Community mit einzubeziehen. mut setzt sich für eine*n Landesbeauftragte*n für queere Themen ein, welche*r beispielsweise die Erstellung eines Aktionsplanes koordiniert und die Umsetzung überwacht.

- 1.2. Welchen weiteren Handlungsbedarf sehen Sie bei der Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt gegen LSBTI in Bayern?

Bestandteil des Aktionsplans muss es sein, gemeinsam mit Vereinen und Organisationen der queeren Community ein Maßnahmenprogramm zur Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt und zur Akzeptanzförderung zu entwickeln. Ganz konkret setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein:

- Anpassung der polizeilichen Statistik, so dass nach Berliner Vorbild homo- und transphobe Straftaten nachvollziehbar werden und gezielte Maßnahmen der Aufklärung und Gewaltprävention möglich werden.
- Bildung und Ausbildung: Aufklärung über queere Lebensformen in Behörden wie der Polizei aber auch in Schulen, Hochschulen und Kindertagesstätten und Freizeiteinrichtungen.
- Akzeptanzfördernde Kampagnen, die sich an die breite Gesellschaft richten. Finanzielle und organisatorische Unterstützung der Interessenverbände der queeren Community bei entsprechenden Maßnahmen.

2. Regenbogenkompetenz in Schule und Unterricht

- 2.1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Schulen die Vielfalt von Lebensweisen und Identitäten fächerübergreifend thematisieren? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Ziel verwirklichen?

mut fordert als Teil des Lehrplans in Ausbildung und Fortbildung, Stereotype bewusst zu machen und persönliche und gemeinsame Strategien zu entwickeln, um vom Kindergarten über die Schule bis in Betriebe und Medien hinein die Vereinfachung durch Schubladendenken und daraus folgende Diskriminierungen abzubauen.

mut fordert eine akzeptanzfördernde Bildung in Bayern. Die Bildungsrichtlinien müssen überarbeitet werden und die Akzeptanz queerer Menschen und von Regenbogenfamilien fördern. Wir setzen uns ein für die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften und die Sichtbarkeit queerer Lebensformen im Unterrichtsmaterial.

- 2.2. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit das Thema „Vielfalt von Lebensweisen und Identitäten“ Eingang in die pädagogische Aus- und Fortbildung von Lehrkräften findet?

Notwendig sind verpflichtende Weiterbildungen für Lehrkräfte zu den Themen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sowie eine verbindliche Verankerung der Themen in den Lehrplänen.

- 2.3. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass die „Richtlinien für die Familien- und Sexualerziehung in den bayerischen Schulen“ das Thema „Vielfalt von Lebensweisen und Identitäten“ stärker in den Fokus nehmen und auch in den Grundschulen Familienvielfalt als Querschnittsthema mitgedacht wird?

Das Thema Familienvielfalt taucht für den Bereich der Grundschulen auch in den überarbeiteten Richtlinien überhaupt nicht auf. Nötig ist eine *aktive* Auseinandersetzung seitens der Schulen, weil sonst die Thematisierung den einzelnen Kindern zum Beispiel aus Regenbogenfamilien überlassen bleibt.

Schulen müssen in die Pflicht genommen werden, die Vielfalt der Lebens- und Familienformen gleichwertig nebeneinander zu thematisieren. Auch in Schulbüchern muss sich Familienvielfalt in Texten und Bildern in ihrer gesamten Bandbreite wiederfinden.

3. Vielfalt und Respekt in allen Lebensaltern fördern

- 3.1. Wie wollen Sie sicherstellen, dass junge Menschen im Coming-out Unterstützung erhalten, die sie stärkt und auf den Weg der Persönlichkeitsfindung wertschätzend begleitet?

mut setzt sich ein für die Förderung spezialisierter und in Bayern flächendeckend zugänglicher Angebote für queere Jugendliche als auch für die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften, Sozialarbeiter*innen und Pädagog*innen, um eine inklusive Haltung zur Vielfalt der Lebensformen zu unterstützen.

Die Themen Queer und diskriminierungsfreier Umgang müssen in pädagogischen Einrichtungen und Konzeptionen der Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen verankert werden. Umgekehrt sollen Einrichtungen keine finanzielle Förderung erhalten, die entsprechende Standards nicht erfüllen. Dies gilt- auch für den folgenden Punkt 3.2.

- 3.2. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, damit inter- und transgeschlechtliche sowie gender-non-konforme Menschen rechtssichere, verlässliche und akzeptierende Rahmenbedingungen in Bildungs- und Freizeiteinrichtungen vorfinden?

Intersexuelle, transsexuelle sowie gender-non-konforme Menschen sind Teil unserer pluralistischen Gesellschaft und müssen in Bildungs- und Freizeiteinrichtungen Akzeptanz, Sichtbarkeit und Wertschätzung erfahren. Das Wissen über Trans- und Intersexualität und über Menschen, die sich nicht in das System der Zweigeschlechtlichkeit einordnen können oder wollen ist gesamtgesellschaftlich noch zu gering - wenn auch die Themen in den Medien mittlerweile vermehrt präsent sind.

- mut fordert deshalb mindestens eine verpflichtende Fortbildung für alle Sozialarbeitenden und Lehrkräfte aller Fächer zu diesen Themen.
- Lehrkräfte verschiedener Fächer (z.B. Deutsch, Ethik, Geschichte) sollten offiziell ermuntert werden, auf die Themen fachübergreifend, einzugehen. Im Biologieunterricht muss beispielsweise das Thema „Intersexualität“ angemessen besprochen werden.
- Schulleitungen und Leitende von Freizeiteinrichtungen sollten offiziell angewiesen werden, sensibel mit Betroffenen umzugehen. Jeder Fall ist anders, daher sind starre Regelungen nicht sinnvoll. Es gibt Schulen, wo z.B eine Transition heute bereits geräuschlos klappt. Daher sollten vom Kultusministerium Peer Systeme eingerichtet werden, die von den vorhandenen Stellen (Ministerialbeauftragte etc.) betreut werden.

- 3.3. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass sowohl die Angebote der offenen Altenhilfe als auch die ambulanten und stationären Angebote der Altenpflege LSBTI-inklusiv ausgestaltet werden? Welche Vorschläge haben Sie hierzu?

Aufgrund der Geschichte des Naziregimes, der gesetzlichen Verfolgung bis in den 70igern Jahren und der gesellschaftlichen Ausgrenzung bis in die heutige Zeit, fällt es den jetzt lebenden alten Homosexuellen häufig schwer, offen zur eigenen sexuellen Orientierung zu stehen. Wie in vielen anderen Bereichen der queeren Lebensweise, sind in den Großstädten die Probleme deutlich kleiner als auf dem Land. Gerade in Großstädte wie München sind die Akteure - seien es die Alten-Service-Zentren (ASZ) oder große Betreibende stationärer Pflegeeinrichtungen - sehr bemüht, Angebote für queere Menschen anzubieten oder die queere Lebensweise auch den Pflegenden näher ins Bewusstsein zu bringen.

mut fordert deshalb:

1. Stationäre Pflegeeinrichtungen, ambulante Pflegedienste - gerade auch im ländlichen Raum - müssen eine*n Queerbeauftragte*n implementieren und entsprechend schulen.

2. Um das Angebot für ältere queere lebende und trans- und intersexuellen Personen auszuweiten, müssen Angebote durch ASZ angeboten und staatlich gefördert werden - unabhängig von der Trägerschaft des jeweiligen ASZ.
3. Beratungsstellen im Sinne des Pflegestärkungsgesetz III (Stand 2018) müssen entsprechende Beratungskompetenz für den genannten Personenkreis aufweisen.
4. Im Sinne des Pflegestärkungsgesetz III ist die kommunale Versorgungsstruktur auch für den genannten Personenkreis - und eine entsprechende Beteiligung queerer Organisationen (z.B. LSVD- Bayern) in den entsprechenden Ausschüssen – zu gewährleisten.
5. Wünschenswert wäre es, wenn in diesem Zusammenhang , selbstorganisierte queere Wohnmodelle staatliche Fördermittel unbürokratische erhalten.

Schon jetzt leben trans- und intersexuelle Menschen – mit und ohne operativer Transition , die sich als binär oder nicht-binär verstehen - in stationären Pflegeeinrichtungen, oder werden über ambulante Pflegedienste versorgt. Auch wenn in den Einrichtungen und ambulanten Pflegediensten, die Versorgung anhand der persönlichen Biographie der Bewohner*innen angestrebt wird, ist gerade dieser Personenkreis nicht präsent im Bewusstsein der Pflegenden. Sie werden deshalb selten anhand ihrer speziellen Bedürfnisse medizinisch und auch psychologisch optimal versorgt. Denn, wie auch die Homosexualität, ist Trans- bzw. Intersexualität nicht Inhalt des Lehrplans zur Alten-/Krankenpflege, noch gibt es genügend verpflichtende Fortbildungsangebote für Pflegekräfte.

Ab 2020 soll die Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Altenpflege als eine gemeinsame Pflegeausbildung stattfinden (generalistische Pflegeausbildung). Mit dieser Umstellung ist es notwendig, die Lehrpläne auf die generalistische Pflegeausbildung hin zu überarbeiten. Leider fehlt bei den jetzt vorliegenden angepassten Lehrplänen und Anforderungen an die jeweiligen Berufsakademien durch die bayerische Staatsregierung nämlich jeglicher Hinweis zu queeren Lebensweisen oder zur Trans- und Intersexualität.

mut fordert deshalb:

1. Verpflichtende Fortbildung und Weiterbildung für alle Mitarbeiter*innen in stationären Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegediensten zu queeren Lebensweisen.
2. Queere Lebensweisen, Trans- und Intersexualität müssen als eigenständige Unterrichtseinheit in den Lehrplänen implementiert werden. Queere Organisationen (z.B. LSVD-Bayern) sind bei der Erstellung der Ausbildungsrichtlinien zur generalisierten Pflegeausbildung durch die bayerische Staatsregierung zu hören und deren Vorschläge zu den Richtlinien entsprechend aufzunehmen.

4. LSBTI-inklusive Flüchtlings- und Integrationspolitik umsetzen

- 4.1. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass LSBTI-Geflüchtete vor Gewalt außerhalb wie innerhalb von Unterkünften in Bayern geschützt werden?

mut setzt sich für einen besonderen Schutz für vulnerable Gruppen wie Frauen und queere Geflüchtete ein:

- Hierfür ist die Bereitstellung entsprechender Schutzräume und Unterkünfte notwendig. Dabei muss berücksichtigt werden, dass Beratungsstellen für queere Geflüchtete sich in erreichbarer Nähe befinden.
- Dringend notwendig ist der Ausbau und die finanzielle Förderung von Hilfs- und Unterstützungsstrukturen für besonders schutzbedürftige Menschen wie Frauen und queere Geflüchtete.
- Das Personal in den Aufnahmeeinrichtungen und Unterkünften muss geschult werden. Gewaltprävention ist nur mit entsprechend sensibilisiertem Personal möglich.
- Finanzielle Unterstützung ehrenamtlicher Initiativen, die sich um die Betreuung der Geflüchteten kümmern.

Aktuell herrscht Chaos in der Zusammenarbeit zwischen den vielen unterschiedlichen zuständigen Behörden der Kommunen und des Landes. Wir machen uns für transparente Prozesse, mit klar definierten Zuständigkeiten stark. Grundsätzlich soll jede Form und Maßnahme der Beratung, Unterstützung und Integration auf kommunaler Ebene nach bayernweit einheitlichen Entscheidungsrichtlinien gesteuert werden. Das betrifft insbesondere die Bereiche:

- Arbeits- und Ausbildungsgenehmigungen, auch für nichtanerkannte, geduldete Geflüchtete, die oft jahrelang auf den Abschluss ihres Asylverfahrens warten müssen.
- Konsequente Umsetzung der 3+2-Regelung. Wer einen Ausbildungsvertrag hat, hat für die Zeit seiner Ausbildung und zwei Jahre danach ein sicheres Aufenthaltsrecht.
- Freie Wahl des Wohnsitzes, sobald Geflüchtete im Rahmen einer Ausbildung ein eigenes Einkommen haben.
- enge Zusammenarbeit der Behörden mit Beratungszentren und ehrenamtlichen Initiativen, die sich um die Belange queerer Geflüchteter kümmern.
- Erleichterte Anerkennung / einheitlicher Prozess bei der Anerkennung von Zeugnissen und Bildungsdokumenten aus anderen Ländern.

4.2. Welche Maßnahmen planen Sie, um die Selbstorganisationen von LSBTI mit Migrationsgeschichte in Bayern zu fördern?

mut fordert eine stärkere Unterstützung ehrenamtlicher Strukturen, denn sie fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Bildung von Selbstorganisationen von LSBTTIQ* mit Migrationsgeschichte innerhalb der Community-Organisationen ist deshalb zu fördern und zu fordern. Unabhängig von der Frage des Migrationshintergrundes werden wir bayernweit queere Kommunikations- und Kulturzentren in allen Regionen Bayerns fördern.

5. Homophobe und transfeindliche Hassgewalt bekämpfen

5.1. Werden Sie sich dafür engagieren, dass Polizei- und Strafverfolgungsbehörden für das Thema „homophobe und transfeindliche Gewalt“ sensibilisiert werden und das Thema verbindlich in die Aus- und Fortbildung von Polizist*innen, Richter*innen und Staatsanwält*innen integriert wird? Wenn ja, welche konkreten Vorschläge haben Sie hierzu?

In die Entwicklung geeigneter Aus- und Fortbildungsmaßnahmen von Polizist*innen, Richter*inne und Staatsanwält*innen sind die Lesben- und Schwulenverbände (VelsPol) mit einzubeziehen und die dafür erforderlichen personellen Kapazitäten sicher zu stellen. Dabei ist auch darauf zu achten, dass für die Bekämpfung transfeindlicher Gewalt die erforderliche Kompetenz und das Wissen aufgebaut wird.

- 5.2. Beabsichtigen Sie sich dafür einzusetzen, dass in Bayern eine Studie in Auftrag gegeben wird, um empirische Daten über Ausmaß, Erscheinungsformen und Hintergründe sowie belastbare Erkenntnisse über den Umgang von Polizei und Justiz mit homophober und transfeindlicher Gewalt zu erlangen?

In Bayern gibt es keine verlässlichen Zahlen und Erkenntnisse über homo- und transfeindliche Gewalt und den polizeilichen Umgang damit. Es wird sich deshalb für entsprechende Studien einsetzen, um aus den Erkenntnissen regional heruntergebrochen Maßnahmen abzuleiten.

- 5.3. Werden Sie sich in Ihrer Regierungsverantwortung dafür einsetzen, dass die polizeilichen Erfassungssysteme in Bayern reformiert werden, um LSBTI-feindliche Hasskriminalität in ihrem realen Ausmaß sichtbar zu machen?

In Bayern werden Delikte mit homo- und transphoben Motiven nicht systematisch als politisch motivierte Kriminalität erfasst und ausgewertet. Es liegen immer wieder nur bruchstückhafte Berichte vor. Deshalb ist eine hohe Dunkelziffer homo- und transphob motivierter Straftaten in Bayern naheliegend. Es ist deshalb notwendig, sowohl die konsequente Erfassung homo- und transphober Gewalt in den Statistiken anzuordnen, für eine entsprechende Aus- und Fortbildung von Polizeikräften zu sorgen, dafür zu sorgen, dass über entsprechende Vorfälle polizeilich berichtet wird, die Statistiken regelmäßig ausgewertet und Maßnahmen abgeleitet werden.

6. Vielfalt im Familienland Bayern fördern

- 6.1. Was wollen Sie tun, um das Bewusstsein für einen sach- und zeitgemäßen Umgang mit Regenbogenfamilien in bayerischen Institutionen der Familienplanung bzw. -hilfe (Jugendämter, Schulen, Kitas etc.) oder des Familienalltags zu fördern?

Es setzt sich auf allen behördlichen Ebenen dafür ein, dass es keinen Unterschied mehr zwischen "klassischen" und Regenbogenfamilien gibt. Die Mitarbeiter*innen der entsprechenden Behörden und Institutionen werden entsprechend geschult und sensibilisiert.

- 6.2. Welche Schritte planen Sie, um dafür zu sorgen, dass die assistierte Reproduktion und weitere Leistungen der Fortpflanzungsmedizin allen Menschen unabhängig von Familienstand, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität offenstehen?

mut fordert, dass die assistierte Reproduktion und weitere Leistungen der Fortpflanzungsmedizin lesbischen Frauen und Transmännern unabhängig von ihrem Familienstand in gleicher Weise wie heterosexuellen Frauen zugänglich sein muss.

- 6.3. Wollen Sie sich für die vollständige Gleichbehandlung von Regenbogenfamilien bei Entscheidungen über Pflegschaft und Adoption einsetzen? Wenn ja, wie wollen Sie ihr Ziel erreichen?

Wir streben die volle Gleichberechtigung aller Familienformen von klassisch, über Patchwork, alleinerziehend bis zur Regenbogenfamilie an. Wir werden entsprechende Maßnahmen, die auf Landesebene möglich sind, erarbeiten und umsetzen.

- Vereinfachung der rechtlichen Regelung bei Samenspenden und dem Wechselmodell sowie bei Regelungen zur Adoption.
- Alle Beteiligten sollen von Anfang an Rechtssicherheit bei ihren Entscheidungen haben, auf welche Weise sie eine Regenbogenfamilie gründen.
- Wir setzen uns in Zusammenarbeit mit bestehenden Beratungszentren für queere Kultur für aktive Aufklärungsmaßnahmen ein, die transparent machen und beraten, welche Möglichkeiten es gibt, Regenbogenfamilien zu gründen.
- Möglichkeit der Ausweitung der elterlichen Sorge auf mehr als zwei Personen, um auch Mehreltern-Familien rechtlich abzusichern.
- Überprüfung aller behördlichen Leitlinien bei der Adoption darauf, dass das Wohl des Kindes im Vordergrund steht, unabhängig davon, ob es sich um schwule, lesbische oder heterosexuelle Adoptiveltern handelt. Einrichtung von entsprechenden Maßnahmen der Qualitätssicherung bei Entscheidungsprozessen
- Abbau von Diskriminierung von Regenbogenfamilien in Behörden und Ämtern. Dazu müssen Formulare überarbeitet und Mitarbeiter*innen geschult werden.

7. Diskriminierungsschutz in der Landesverfassung stärken

- 7.1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bayerische Landesverfassung um einen neuen Artikel 118b erweitert wird, der die Diskriminierung aufgrund der sexuellen und geschlechtlichen Identität untersagt und die Rechte von LSBTI stärkt?

mut setzt sich für eine entsprechende Erweiterung ein, die klarstellt, dass niemand in Bayern diskriminiert werden darf aufgrund

- der sexuellen Orientierung,
- der geschlechtlichen Identität,
- der ethnischen oder sozialen Herkunft,
- des Glaubens oder der ethischen Wertvorstellungen,
- und/oder des Alters.

Weiter stehen wir für den Zusatz, dass sich der bayerische Staat aktiv an Maßnahmen beteiligt, die einer entsprechenden Diskriminierung vorbeugen oder bestehende Formen der Diskriminierung beseitigen.

8. Beratungs- und Unterstützungsstrukturen langfristig absichern

- 8.1. Wollen Sie dafür sorgen, dass LSBTI-Beratungs- und Unterstützungsprojekte in Bayern und besonders im ländlichen Raum über Landesmittel langfristig finanziert werden?

Eine flächendeckend erreichbare, niedrighschwellige Beratung für queere Menschen, egal welcher Herkunft, welchen Geschlechts und welchen Alters muss sichergestellt sein. Dies erfordert den Ausbau und die Förderung von Kultur- und Beratungszentren und Unterstützungsprojekten in Bayern. Zudem wollen wir in diesem Zusammenhang auch das Thema queeren Lebens in den ländlichen Gebieten Bayerns angehen, so dass auch hier Zugang zu Beratung möglich wird oder peergroups Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt bekommen.

Für queere Jugendliche dringend notwendig. Auch Fahrtkostenübernahmen. Welche Ideen gibt es hier. Zum Beispiel Räumlichkeiten für peergroups bereitstellen etc. Ehrenamt stärken.

9. Geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen

- 9.1. Wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass LSBTI Zugang zu einer geschlechter- und diversitätsgerechten Gesundheitsversorgung haben, die sich an ihren Bedürfnissen orientiert?

mut fordert, dass Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Orientierung eine auf ihre speziellen Bedürfnisse eingehende Gesundheitsversorgung erhalten. Hierfür sind über Studien Erkenntnisse über Zugangshürden und Diskriminierungen und speziellen Bedürfnisse von queeren Menschen im Gesundheitswesen zu gewinnen. Eine der zentralen Maßnahmen dürften flächendeckende Ausbildungs- und Bildungsmaßnahmen für Ärzt*innen und Fachkräfte im Gesundheitswesen sein.

- 9.2. Wollen Sie dafür sorgen, dass der Bereich „Kultursensibler Umgang mit LSBTI Klient*innen in Versorgung und Pflege“ in die Aus- und Weiterbildung von Mediziner*innen und Mitarbeitenden aus Pflege- und Gesundheitsbereichen integriert wird? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Vorhaben umsetzen?

LGBTIQ*-relevante Themen sollen fester Bestandteil der Aus- und Weiterbildung von Mitarbeiter*innen in Gesundheit und Pflege werden. Insbesondere die folgenden Beispiele sind uns besonders wichtig:

- finanzielle Förderung der Gesundheits- und Pflegeforschung unter besonderer Berücksichtigung von LGBTIQ*-Hintergründen,
- diskriminierungsfreie Versorgung von HIV-Patient*innen im Alter / in der Pflege,
- diskriminierungsfreie Pflege und Versorgung trans- oder intersexueller Menschen,
- Erarbeitung eines Qualitäts-Katalogs mit Standards zur diskriminierungsfreien Pflege und Versorgung,
- Förderung von Aufklärungsprojekten und -veranstaltungen für Personal und Heim-Mitbewohner*innen, z.B. zum Thema "Gemeinsam und ohne Diskriminierung altern" in Zusammenarbeit mit LGBTI-Beratungszentren und Organisationen,

- Aufklärungsprojekte (nicht nur für LGBTTIQ*) zur Enttabuisierung des Themas "Sexualität im Alter" oder "Sexualität von Menschen mit körperlicher und/oder geistiger Behinderung",
- Förderung und landesweite Etablierung weiterer inzwischen sehr erfolgreicher Projekte wie "LGBT im Münchenstift".

10. Regenbogenkompetenz in Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften erhöhen

- 10.1. Was planen Sie, um den Dialog zwischen Religions-/Weltanschauungsgemeinschaften, Zivilgesellschaft und LSBTI zu befördern, um gemeinsam für Akzeptanz einzutreten?

mut fordert und fördert den Dialog zwischen Religions-/Weltanschauungsgemeinschaften, Kirchen, zivilgesellschaftlichen und queeren Organisationen und Vereinen. Geeignete Maßnahmen hierfür sind öffentlichkeitswirksame Diskussionsveranstaltungen, sowie Fachgespräche mit religiösen und zivilgesellschaftlichen Verbänden.

Homo-, Trans-, Inter-, Bisexuellenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit und Rassismus haben oft die gleichen Wurzeln. Insofern ist es zielführend, den Austausch von Organisationen, die sich für Gleichberechtigung und eine vielfältige und offene Gesellschaft einsetzen, zu fördern und gemeinsame Aktionen und Aktivitäten zu planen.

11. Für Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten in der Bundespolitik eintreten

- 11.1. Wollen Sie sich in der neuen Legislatur dafür einsetzen, dass Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes um die Merkmale der sexuellen und geschlechtlichen Identität ergänzt wird?

mut fordert die Ergänzung von Artikel 3, Absatz 3 im Grundgesetzes um die Merkmale der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität. Bayern muss über den Bundesrat dafür sorgen, dass die Diskriminierung queerer Menschen verfassungsrechtlich verboten ist. Gleiche Rechte und gleicher Schutz für alle.

- 11.2. Unterstützen Sie auf Bundesebene eine umfassende Reformierung des Transsexuellengesetzes (TSG), um die Hürden auf dem Weg zur Vornamens- und Personenstandsänderung zu beseitigen?

mut fordert eine menschenrechtsbasierte Gesetzgebung zur Anerkennung des Geschlechts: Gesetzliche Hürden und Verordnungen (wie z.B. das Transsexuellengesetz) müssen beseitigt, die geschlechtliche Selbstbestimmung (inklusive der "dritten Option") allen ermöglicht werden.

- 11.3. Werden Sie sich für eine schnelle Umsetzung des BVerfG Beschlusses zur Reformierung des Personenstands einsetzen und auch auf Landesebene Handlungsfelder identifizieren, um erste Schritte auf den Weg bringen?

mut setzt sich dafür ein, dass der Beschluss des BverfG angemessen (!) umgesetzt wird. Der aktuelle Gesetzesentwurf zur Änderung des Personenstandsgesetzes des BMI wird dem Anspruch aber nicht gerecht. (vgl. Kritik der Verbände transsexueller und intersexueller Menschen). Daher sollte ein menschenrechtsbasiertes Geschlechtervielfaltsgesetz unter Einbeziehung der Forderungen von Interessenverbänden trans- und intersexueller Menschen Selbstbestimmung ermöglichen.

Im Übrigen strebt Mut ein striktes Verbot medizinisch nicht notwendiger Eingriffe an intersexuellen Menschen ohne die Einwilligung der Betroffenen an, die nur zu dem Zweck erfolgen, den Menschen an eine geschlechtliche Norm anzupassen. Die aktuelle Lage muss, wie z.B. in Sachsen-Anhalt geschehen, auch in Bayern wissenschaftlich untersucht und Geschichte der Verstümmelungen muss aufgearbeitet werden.

12. Bayern setzt sich international für die Menschenrechte von LSBTI ein

- 12.1. Beabsichtigen Sie das Thema Menschenrechte von LSBTI auch in der Bayerischen Staatsregierung zu etablieren und in den internationalen Beziehungen sowie in der Entwicklungszusammenarbeit des Landes mitzudenken? Welche Ideen haben Sie hierzu?

mut fordert ein glaubwürdiges weltweites Eintreten für Entkriminalisierung und Akzeptanzförderung queerer Menschen. Bayern muss Botschafter für eine offene Gesellschaft werden und aktiv für Menschenrechte für alle eintreten. Bei Staatsbesuchen müssen Politiker*innen eine klare Position gegenüber Ländern vertreten, in welchen die Menschenrechte queerer Menschen verletzt werden.

Für die Beantwortung der Fragen in digitaler Form **bis zum 20.August 2018** danken wir Ihnen im Voraus.

Der LSVD Bayern wird die Antworten auswerten und in einer entsprechenden Grafik eine Bewertung vornehmen. Alle Antworten und die Auswertung werden ebenso auf der Webseite des LSVD Bayern erscheinen.

Für Rückfragen stehen Ihnen Markus Apel aus dem Landesvorstand und die Bund-Länder-Koordination des Bundesverbandes René Mertens gerne zur Verfügung:

Markus Apel
Landesvorstand LSVD Bayern

markus.apel@lsvd.de

René Mertens
Bund-Länder-Koordina
tion

rene.mertens@lsvd.de

Tel. 030-789 547 63